



## **Gäste:**

Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten
Frau Daniela Kolodziej	Elterninitiative Kita „Tausendfüßler“
Herr Volker Rabback	Hans Otto Theater
Herr Jörn-Michael Westphal	Pro Potsdam
Frau Ilka Haudek	Bürgerinitiative Drewitz
Herr Michael Josy	Bürger
Herr Dirk Grünberg	Battke Grünberg Rechtsanwälte
Herr Andreas Goetzmann	FB Stadtplanung und Bauordnung
Frau Anke Latacz-Blume	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Marina Kluge	FB Ordnung und Sicherheit
Herr Norbert Praetzel	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße  
Vorlage: 11/SVV/0582  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 3 Wiedervorlagen
- 3.1 Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz  
Vorlage: 11/SVV/0482  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.2 Straßenreinigungssatzung 2012  
Vorlage: 11/SVV/0680  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit  
- Rücküberweisung aus dem Hauptausschuss vom 26.10.2011 -
- 3.3 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012  
Vorlage: 11/SVV/0681  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit  
- Rücküberweisung aus dem Hauptausschuss vom 26.10.2011 -
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Abfallgebührensatzung 2012  
Vorlage: 11/SVV/0770  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
KOUL (ff)
- 4.2 B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"  
Vorlage: 11/SVV/0794  
Fraktion DIE LINKE
- 4.3 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung  
Vorlage: 11/SVV/0741  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 4.4 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße  
Vorlage: 11/SVV/0627  
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Bodengrundgutachten für das Karree zwischen Leiblstraße, Hebbelstraße,  
Kurfürstenstraße und Hans-Thoma-Straße  
Vorlage: 11/SVV/0669  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 4.6 Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße  
Vorlage: 11/SVV/0791  
Fraktion SPD
- 4.7 Seebühne des Hans Otto Theaters  
Vorlage: 11/SVV/0784  
Fraktion DIE LINKE
- 4.8 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen  
Vorlage: 11/SVV/0667  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9 Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO2-Ausstoß bei der künftigen Anschaffung von  
Dienstwagen und Nutzfahrzeugen  
Vorlage: 11/SVV/0668  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Einwohnerversammlung Eiche am 21.06.2011 zur Planung einer  
Straßenbahnanbindung nach Golm  
Vorlage: 11/SVV/0644  
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5.2 Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten  
Vorlage: 11/SVV/0685  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5.3 Tonnagebegrenzung  
Vorlage: 11/SVV/0845  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Berichte und Informationen
- 7 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksachen 11/SVV/0794 und 11/SVV/0741 (Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.3) vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln, da zu diesen Drucksachen Anträge auf Rederecht vorliegen. Des Weiteren sollte die Drucksache 11/SVV/0669 (TOP 4.5) vorgezogen werden, da auch hierzu ein Antrag auf Rederecht vorliegt.

Anschließend schlägt er vor, die Drucksache 11/SVV/0784 (TOP 4.7) von der Tagesordnung zu nehmen, da es aus seiner Sicht keinen Grund gibt, dass sich der KOUL mit dem Antrag befasst.

Herr Menzel gibt zu bedenken, dass mit der Seebühne auch Lärm verbunden ist. Er bittet diesbezüglich um Aussagen.

Herr Rabback (Hans Otto Theater) weist darauf hin, dass derzeit ein entsprechendes Lärmgutachten erarbeitet wird.

Daraufhin schlägt Herr Heuer vor, die Drucksache 11/SVV/0784 zurückzustellen.

Bezüglich der Mitteilungsvorlage 11/SVV/0644 (TOP 5.1) teilt Herr Heuer mit, dass es einen Antrag zum gleichen Thema gibt. Da sich die Ortsbeiräte Eiche und Golm damit vorher befassen sollten, schlägt er vor, die Drucksache bis zur Behandlung des Antrages zurückzustellen.

Abschließend weist er darauf hin, dass von Herrn Menzel zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ diverse vorliegen.

Herr Menzel bietet an, diese Fragen bilateral zu klären.

Herr Jäkel bittet um Information zu den in der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses ausgereichten Unterlagen zu Flugrouten.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Der geänderten Tagesordnung wird somit zugestimmt.*

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 20.10.2011**

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Der Niederschrift wird somit zugestimmt.*

### **zu 2 Mehr Verkehrssicherheit für Kinder und Eltern vor der AWO-KITA in der Geschwister-Scholl-Straße**

**Vorlage: 11/SVV/0582**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau Kluge stellt anhand von Fotos die Situation vor Ort vor. Sie macht deutlich, dass nach 17 Uhr die Zahlen der Querungen nicht ausreichen, um die Tempo 30 bis 18 Uhr zu verlängern. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass Messungen ergeben haben, dass durchschnittlich 5,4 % der durchfahrenden Autos gegen das Tempolimit verstoßen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Frau Kolodziej.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Frau Kolodziej weist darauf hin, dass am Zebrasteifen haltende Autos überholt werden, wenn bereits Kinder auf dem Zebrastreifen sind. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass bei mehreren Kinder der Querungsvorgang länger dauert. Es muss stärker auf die Kita hingewiesen werden.

Sie macht darauf aufmerksam, dass die Kita bis 18 Uhr geöffnet hat. Es gibt auch auf der gesamten Straße keine Mittellinie.

Frau Kluge macht deutlich, dass es zwischen 17 und 18 Uhr nur 5 bis 6 Querungen gibt. Die Kita verfügt über ein relativ großes Grundstück, auf dem die Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto bringen bzw. abholen, parken können. Das Hinweisschild weist deutlich darauf hin, dass sich dort Kinder befinden. Eine Begrenzungslinie in der Mitte der Straße ist aufgrund der Breite nicht erforderlich.

Herr Schultheiß fragt, ob es Verkehrsunfälle am besagten Überweg gegeben hat.

Frau Kluge verneint dies.

Herr Jäkel bestätigt die Aussagen von Frau Kluge. Die Aussagen der Eltern kann er nicht bestätigen. Er macht auch darauf aufmerksam, dass die Kinder immer in Begleitung der Eltern über diese Straße gehen. Er weist darauf hin, dass Eltern mitunter mit dem PKW am Straßenrand parken und die Kinder aus dem Auto lassen und somit selbst eine Gefahr herstellen.

Herr Menzel bittet zu überlegen, wie die Situation verbessert werden kann. Er empfiehlt eine Überkopfbeleuchtung am Übergangsschild anzubringen.

Frau Kluge sagt zu, dies zu prüfen.

Herr Walter schlägt vor zu prüfen, ob im Bereich des Zebrastreifens eine Mittellinie aufgebracht werden kann.

Frau Kluge sagt auch diesbezüglich eine Prüfung zu.

Frau Anlauff macht deutlich, dass aus ihrer Sicht die PKW-Fahrer an dieser Stelle sehr bedacht fahren.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

### zu 3 **Wiedervorlagen**

#### zu 3.1 **Kraftwerk für Gartenstadt Drewitz**

**Vorlage: 11/SVV/0482**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Walter weist auf den ursprünglichen Antrag zur vorliegenden Mitteilungsvorlage hin.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Westphal (Pro Potsdam).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Herr Westphal stellt dar, dass der Schwerpunkt der Pro Potsdam in der Sanierung von Wohnraum liegt. Hierbei spielt auch der Aspekt der Energieversorgung eine Rolle. Derzeit werden Gespräche mit der EWP zur Errichtung des Heizkraftwerkes geführt.

Herr Henning fragt, ob die Pro Potsdam ein eigenes kleines Kraftwerk betreiben will.

Herr Westphal verneint dies.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

#### zu 3.2 **Straßenreinigungssatzung 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0680**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- Rücküberweisung aus dem Hauptausschuss vom 26.10.2011 -

#### zu 3.3 **Straßenreinigungsgebührensatzung 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0681**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

- Rücküberweisung aus dem Hauptausschuss vom 26.10.2011 -

Herr Heuer informiert, dass die Drucksachen 11/SVV/0680 (Straßenreinigungssatzung 2012) und 11/SVV/0681 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2012) durch den Hauptausschuss zur Klärung der rechtlichen Fragen in den KOUL-Ausschuss rücküberweisen wurden.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass in der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2010 beschlossen wurde, eine Reinigungsklasse 2 (ausschließliche Maschinenreinigung) entgegen der rechtlichen Einschätzung der Verwaltung einzuführen. In diesem Zusammenhang habe sie zugesagt, in Vorbereitung auf die Straßenreinigungssatzung 2012 ein Workshopverfahren zur rechtlichen Information und Aufklärung durchzuführen. Dieses Verfahren wurde durchgeführt. Sie macht deutlich, dass das Workshopverfahren sowie die externe Begleitung zur Erarbeitung einer gerichtsfesten Satzung bisher ca.58.000 Euro gekostet haben.

Herr Grünberg (Battke und Grünberg Rechtsanwälte) erklärt, dass

Reinigungsklasse 2 (Maschinelle Reinigung) eine Reinigungsklasse ist, in der ausschließlich maschinelle Tätigkeiten durchgeführt werden.

Die Einführung dieser Reinigungsklasse bewegt sich außerhalb des kommunalrechtlichen Rahmens. Er rät deutlich davon ab.

Die Zuordnung einer Straße in eine Reinigungsklasse hat sich innerhalb einer nachvollziehbaren Systematik ausschließlich an der prognostizierten Reinigungshäufigkeit zu orientieren. Die Bemessung von Gebühren hat zur Sicherstellung des Äquivalenz- und Gleichbehandlungsprinzips immer leistungsbezogen zu erfolgen, d.h. entscheidend ist die erzielte Leistung (Reinigung/Sauberkeit) unabhängig von den eingesetzten Hilfsmitteln.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass es im letzten Jahr die Reinigungsklasse 2 gab. Er fragt, ob hier rechtswidrig gehandelt wurde.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass Herr Grünberg ausgeführt hat, dass es keine unterschiedlichen Reinigungsklassen geben kann. Er erinnert daran, dass es in den Vorjahren Straßenreinigungssatzungen mit unterschiedlichen Reinigungsklassen gab, die alle nicht angefochten wurden.

Herr Kirsch betont, dass es nicht Sinn und Zweck sein kann, dass der Oberbürgermeister den Beschluss zur Satzung beanstandet, da diese sich nicht im rechtlichen Rahmen befindet und es im kommenden Jahr keine Satzung gibt. Er verweist darauf, dass für den Fall einer Beanstandung das Risiko besteht, dass wegen einer fehlenden Straßenreinigungssatzung der Stadt eine erheblicher Einnahmeausfall drohe, da dann auch sicherlich keine Gebührenerhebung möglich ist.

Herr Menzel stellt fest, dass, wenn es lediglich darauf ankommt, dass die Straße gereinigt wird, dies dem Dienstleister überlassen werden sollte. Er fragt, wie es dann zu unterschiedlichen Gebühren kommt.

Herr Grünberg macht deutlich, dass der Oberbürgermeister die Satzung beanstanden müsse, wenn eine Reinigungsklasse mit ausschließlich maschineller Reinigung eingerichtet werden soll. Es kann rückwirkend keine Reinigungssatzung erlassen werden. Diese gilt in der Folge auch für die Gebührensatzung.

Die Kategorisierung der übrigen Reinigungsklassen erfolgt nach dem Reinigungsturnus. Dies ist ein rechtlich zulässiges Kriterium.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sie angeboten hat, die Workshopverfahren unter juristischer Begleitung durchzuführen, um den Stadtverordneten die notwendige juristischen Information zukommen zu lassen und somit eine sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen.

Auf die Bemerkung von Herrn Jäkel, es habe in den vergangenen Jahren doch nie gerichtliche Probleme mit der Straßenreinigungssatzung gegeben, verweist sie auf das Normenkontrollverfahren zu den bisherigen Reinigungssatzungen. Darüber wurde auch die Stadtverordnetenversammlung und der KOUL-Ausschuss informiert.

Frau Kluge ergänzt, dass im vergangenen Jahr aus der Not heraus die Reinigungsklasse 2 in die Satzung aufgenommen wurde.

Sie macht auch darauf aufmerksam, dass die Straßenreinigung wirtschaftlich erfolgen soll.

Herr Heuer bittet, dies in den Fraktionen zu kommunizieren und schließt die

beiden Tagesordnungspunkte.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Abfallgebührensatzung 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0770**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
KOUL (ff)

Frau Latacz-Blume bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Sie weist auf die Senkung der Abfallgrundgebühr sowie der Mengengebühr hin.

Herr Heuer gibt zu Protokoll, dass er sich bei der Abstimmung enthält, da Verzinsung der Rückerstattungen nicht berücksichtigt ist.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass es sich hierbei um ein strittiges Verfahren handelt, das noch nicht abgeschlossen ist.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) vom 10.12.2010 (1. Änderungssatzung Abfallgebührensatzung) gemäß Wortlaut der beiliegenden Anlage einschließlich Abfallgebührenkalkulation.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 4.2 B-Plan Nr. 18 "Kirchsteigfeld"**

**Vorlage: 11/SVV/0794**

Fraktion DIE LINKE

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Vor einer Entscheidung zur Änderung des B-Planes Nr. 18 „Kirchsteigfeld“, 4. Änderung Satzungsbeschluss, ist erst abschließend über den Flächennutzungsplan zu entscheiden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 18 "Kirchsteigfeld", Planungsziele und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs für die Änderung und Ergänzung**

**Vorlage: 11/SVV/0741**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann bringt die Drucksache 11/SVV/0741 ein und gibt Erläuterungen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Frau Haudek (Bürgerinitiative).



**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Frau Haudek spricht sich im Namen der Bürgerinitiative gegen die Begradigung der Waldfläche aus.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Grenzziehung gutachterlich prüfen zu lassen. Sie trägt die Stellungnahme der Bürgerinitiative vor.

Sie weist auf die wachsende Bedeutung des Stadtwaldes für das Wohngebiet und fordert die Ablehnung der Umwidmung des Waldes und somit die Ablehnung der Beschlussvorlage 11/SVV/0741.

Frau Krüger betont, dass sie als Koordinatorin des Stadtteilrates Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld spricht. Der Stadtteilrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Drucksache 11/SVV/741 abzulehnen. Sie reicht die schriftliche Stellungnahme des Stadtteilrates als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder aus.

Herr Jäkel macht deutlich, dass die vorliegende Drucksache den Auftrag der StVV nicht erfüllt hat. Die Fraktion DIE LINKE bittet deshalb, den Antrag 11/SVV/0794 zum Beschluss zu empfehlen und die Beschlussvorlage der Verwaltung abzulehnen.

Herr Heuer bittet die Verwaltung um rechtliche Darstellung des Verhältnisses zwischen B-Plan und Flächennutzungsplan.

Herr Goetzmann erklärt, dass der Bebauungsplan grundsätzlich darauf angelegt ist, aus dem Flächennutzungsplan entwickelt zu werden.

Herr Menzel weist darauf hin, dass ein Umweltverträglichkeitsgutachten vorgelegt werden sollte. Die dargestellten finanziellen Betrachtungen sind für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Schultheiß spricht sich ebenfalls gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung aus. Er spricht sich für die Empfehlung des Antrages der Fraktion DIE LINKE aus.

Frau Krüger fragt, ob es richtig ist, dass die Pflege des Waldes eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme für das Wohngebiet Kirchsteigfeld ist.

Sie bittet um Auskunft, inwieweit die geplante Einzelhandelsfläche im Einzelhandelskonzept vorhanden ist und wie dies im Einklang mit den vorhandenen Märkten steht.

Herr Goetzmann macht deutlich, dass es bezüglich der Waldfläche mit einer entsprechenden Bindung keine Festlegungen im B-Plan gibt. Dies sagt aber nichts darüber aus, dass dieser Wald nicht wichtig ist.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Drucksache 11/SVV/0741.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Für die Durchführung des 1. Änderungs- und Ergänzungsverfahrens zum

Bebauungsplan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ werden nachfolgend die Planungsziele und die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs (siehe Anlage) festgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 0  
Ablehnung: 10  
Stimmenthaltung: 1

*Somit ist die Beschlussempfehlung abgelehnt.*

**zu 4.4 Verkehrstechnische Untersuchung Unterführung Berliner Straße**

**Vorlage: 11/SVV/0627**

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Praetzel weist darauf hin, dass dazu drei Workshops durchgeführt wurden. Er erklärt, dass die Verwaltung bereit ist, die Unterlagen dazu zur Verfügung zu stellen.

Herr Jäkel betont, dass es ihm speziell um die Frage geht, welche Kosten entstehen, den Verkehr ohne Ampel zu führen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine verkehrstechnische Untersuchung über Aufwand und mögliche positive verkehrliche Wirkungen einer kurzen Unterführung des KFZ-Verkehrs aus Richtung Thomastraße bzw. Behlerstraße kommend in Richtung Humboldtbrücke zu veranlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 6  
Stimmenthaltung: 3

*Somit wird der Antrag nicht zum Beschluss empfohlen.*

**zu 4.5 Bodengrundgutachten für das Karree zwischen Leiblstraße, Hebbelstraße, Kurfürstenstraße und Hans-Thoma-Straße**

**Vorlage: 11/SVV/0669**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Josy (Bürger).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Herr Josy schildert die Situation und erklärt dabei, dass auf seinem Grundstück durch die Untere Wasserbehörde festgestellt wurde, dass keine Zusammenhang zwischen der Absenkung des Grundwassers und der Baumaßnahme besteht.

Es hat aber eine massive Eingriffnahme auf die Holzpfehlgründungen in diesem Bereich stattgefunden, auch für das Holländer Viertel. Daraus könnten längerfristig Schäden an den Gebäuden folgen. Die Grundwasserabsenkung hat ein wesentlich größeres Areal betroffen als ursprünglich berechnet wurde. Er bittet darum, dass vor einer Klärung keine weitere Erteilung von Baugenehmigungen für diesen Bereich erfolgt.

Herr Goetzmann macht deutlich, dass beim Bauantrag ein Standsicherheitsnachweis erbracht werden muss. Dies wird von einem öffentlich bestellten Gutachter geengeprüft. Wird dies positiv beschieden, ist die Baugenehmigung zu erteilen. Eine Baugenehmigung ergeht immer unbeschadet der Rechte Dritter.

Herr Heuer fragt, ob aus der konkreten Erfahrungen festzustellen ist, dass bei der Genehmigung ein Verstoß gegen geltendes Recht vorliegt, oder Verstoß des Bauherren.

Herr Goetzmann antwortet darauf, dass beim Baugenehmigungsverfahren die Untere Wasserbehörde beteiligt wird. Zum konkreten Baugenehmigungsverfahren kann er spontan keine Aussagen treffen. Dies ist auch aus Datenschutzgründen in einer öffentlichen Sitzung nicht möglich.

Herr Schultheiß fragt, ob die Untere Wasserbehörde ggf. eine falsche Genehmigung erteilt haben könnte. Er fragt nach den Kosten eines solchen Gutachtens und ob die Landeshauptstadt Potsdam diese Kosten übernehmen muss.

Herr Walter stellt fest, dass die Bauverwaltung den gesamten Bereich dahingehend sensibilisiert im Blick haben müsste, da dies aus seiner Sicht die Arbeit der Verwaltung erleichtern würde.

Herr Goetzmann betont, dass an dieser Stelle die Rechtsvorschriften gelten. Kosten eines solchen Gutachtens sind ihm nicht bekannt.

Frau Hüneke spricht sich für die Erstellung des Gutachtens aus.

Herr Kirsch macht deutlich, dass der Bauherr ein Gutachten über die Standsicherheit erstellen lassen muss. Darin müssen auch Aussagen über eventuelle Torflinsen etc. enthalten sein. Der jeweilige Geschädigte muss hier tätig werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, von einem externen Experten ein Gutachten über die Boden- und Wasserverhältnisse im Karree Leibl-Straße/Kurfürstenstraße anfertigen zu lassen. Es soll neben der Beschreibung der wasserführenden Schichten ebenfalls darlegen, welche Auswirkungen das sukzessive Entstehen größerer Bauwerke mit hohem Gewicht bzw. entsprechenden Tiefbauten wie Kellern und Tiefgaragen auf die bestehenden Bodengrundverhältnisse und in der Folge die Bestandsgebäude des Karrees haben können. Insbesondere ist darzulegen, ob schädliche Auswirkungen auf Bestandsgebäude ausgeschlossen werden können bzw. bis zu welcher maximalen Größe eine weitere Bebauung denkbar wäre. Unter Einbeziehung der vorhandenen Kenntnisse zu den Bodengrundverhältnissen in Potsdam ist

ebenfalls auszuschließen, dass die aus weiteren erheblichen Eingriffen resultierende Umlenkung unterirdischer Wasserverläufe zu weiterreichenden Folgen für die angrenzenden Bereiche wie die Häuser an der südlichen Leiblstraßenseite bzw. das in unmittelbarer Nähe befindliche und auf Bohrpfahlgründungen stehende denkmalgeschützte Holländerviertel führt.

Es ist zu untersuchen, ob der neue Gebäudekomplex in der Leiblstraße bereits zu Schäden am denkmalgeschützten Haus Ullrich in der Kurfürstenstraße 23 geführt hat. Es ist rechtlich abzusichern, dass bis zum Vorliegen der Untersuchung bzw. dem Ausschluss negativer Folgen für andere Eigentümer bzw. deren Bestandsgebäude keine Vorbescheide oder Baugenehmigungen erteilt werden müssen.

Dem SB-Ausschuss ist im November 2011 darüber ein erster Zwischenbericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.6 Lärmschutzmauer Brauhausberg/ Templiner Straße**

**Vorlage: 11/SVV/0791**

Fraktion SPD

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass die benannte Straße auch Gegenstand im Lärmaktionsplan ist.

Mit der Änderung der Verkehrsführung soll eine Lärminderung geschaffen werden.

Er weist darauf hin, dass eine aktive Lärmschutzwand nur durch Landeshauptstadt Potsdam aufgestellt werden kann.

Herr Kirsch fragt, ob geprüft werden kann, das Geld für eine schnelle Maßnahme der Verlagerung der Straßenführung zur Verfügung zu stellen.

Herr Schultheiß fragt ob im Antrag bedacht wurde, dass die Situation verändert wird.

Herr Jäkel betont, dass es den Anwohnern nicht darum geht, dass die Fahrzeuge in eine andere Richtung fahren, sondern eine Lärmschutzwand zu errichten. Er bittet darum, dass die Anwohner hier unterstützt werden.

Herr Praetzel macht darauf aufmerksam, dass keine bauliche massive Maßnahme erfolgen kann. Andere Maßnahmen, wie z.B. Pflanzungen wären möglich. Er erklärt sich bereit, für ein Gespräch mit den Anwohner zur Verfügung zu stehen.

Herr Jäkel hat im Gespräch mit Anwohnern erfahren, dass es nicht zwingend eine Lärmschutzwand sein muss, sondern ein geeignetes Mittel.

Herr Heuer weist darauf hin, dass es sich um Eigenmittel der Anwohner handelt. Er formuliert den Antrag wie folgt um:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie den Anwohnern der*

*Straße „Am Brauhausberg/Obere Templiner Straße“ ermöglicht werden kann, den Grünstreifen (ehemalige Straßenbahntrasse) zur eigenverantwortlichen Errichtung und Unterhaltung einer Lärmschutzmaßnahme zu nutzen und bei der Schaffung der nötigen Planungsvoraussetzungen unterstützt.“*

Er bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** den Anwohnern der Straße „Am Brauhausberg/Obere Templiner Straße“ **ermöglicht werden kann**, den Grünstreifen (ehemalige Straßenbahntrasse) zur eigenverantwortlichen Errichtung und Unterhaltung einer Lärmschutz**maßnahme** zu nutzen und bei der Schaffung der nötigen Planungsvoraussetzungen **unterstützt werden können**.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.7 Seebühne des Hans Otto Theaters**

**Vorlage: 11/SVV/0784**

Fraktion DIE LINKE

*Die Drucksache wird vertagt.*

**zu 4.8 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen**

**Vorlage: 11/SVV/0667**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt die geänderte Fassung des Antrages ein und begründet diese.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die neue Gesamtschule in Potsdams Norden mehrere Konzepte vorzulegen, um ein Gebäude mit möglichst geringen Bewirtschaftungskosten und optimalen Lebenszykluskosten bauen zu können. Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität im Hinblick auf die zu erwartenden Änderungen im Nutzerprofil bieten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.9 Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der künftigen Anschaffung von Dienstwagen und Nutzfahrzeugen**

**Vorlage: 11/SVV/0668**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Müller-Preinesberger gibt nach Aussage zu Geschäftsbereich Steuerung und Service zu Protokoll:

„Das Fuhrparkmanagement der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) achtet bei der Beschaffung von Neufahrzeugen auf die Einhaltung der EU-Grenzwerte. Sollten sich weitere Änderungen ergeben, werden diese auch künftig berücksichtigt.“

Herr Jäkel meldet Bedenken hinsichtlich des Punktes 1 im Antragstext an, da aus seiner Sicht 120g CO<sub>2</sub>/km möglicherweise nur sehr wenige Fahrzeuge erreichen.

Herr Walter weist darauf hin, dass mit dem Antrag auch die Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Nutzfahrzeuge, die mit Diesel betrieben werden, enthalten sind.

Bezüglich der Fahrzeuge der Feuerwehr weist Frau Müller-Preinesberger darauf hin, dass es hier einen überalterten Fahrzeugbestand gibt. Bei künftigen Anschaffungen wird auf die Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Ausstoß geachtet. Bei den Fahrzeugen, bei denen es möglich war, wurden Rußpartikelfilter nachgerüstet.

Sie macht deutlich, dass sich alle städtischen Unternehmen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Ausstoß verpflichtet haben.

Herr Walter stellt den Antrag zurück.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Einwohnerversammlung Eiche am 21.06.2011 zur Planung einer Straßenbahnanbindung nach Golm**

**Vorlage: 11/SVV/0644**

FB Stadtplanung und Bauordnung

*Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.*

### **zu 5.2        Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten**

**Vorlage: 11/SVV/0685**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

### **zu 5.3        Tonnagebegrenzung**

**Vorlage: 11/SVV/0845**

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Herr Schulheiß weist darauf hin, dass die Maulbeerallee und die Straße Am Neuen Garten sehr stark beschädigt sind.

Herr Praetzel teilt mit, dass die Straße Am Neuen Garten eine

Investitionsmaßnahme ist und somit die Schäden beseitigt werden.  
Die Maulbeerallee ist ein Denkmal. Hier können nur Reparaturen erfolgen.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass z.B. in der Brandenburger Vorstadt Straßen durch schwere Fahrzeuge beschädigt wurden. Hier sollte geprüft werden, ob die Straßen für schwere Fahrzeuge gesperrt werden können.

Herr Praetzel erklärt, dass sich die Verwaltung darauf orientiert, die Qualität der Straßen durch Straßenbau zu verbessern.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

## **zu 6      Berichte und Informationen**

Frau Müller-Preinesberger berichtet aus der Sitzung der Fluglärmkommission vom 14.11.2011. Sie informiert, dass die lärmfachliche Prüfung bis Ende des Jahres erfolgt sein soll. Sie betont, dass der Lärmschutz eine höhere Wertigkeit als die Wirtschaftlichkeit hat.

Anfang Januar 2012 erfolgt eine Entscheidung und Aussagen zu den Flugrouten. Bezug nehmend auf die Bitte von Herrn Jäkel, Erläuterungen zu den in der MAZ am 27.09.2011 dargestellten Anflugkorridoren zu geben, erklärt sie, dass im Nahbereich zum Flughafen mit diesen Radarführungsstrecken/Transitions die ansonsten per Radar durchgeführte Lenkung abgebildet wird. Diese findet als Ersatz zur Radarführung bei starkem Verkehr Anwendung, um dabei eine sichere Flugverkehrsabwicklung zu gewährleisten.

In Zeiten weniger starken Luftverkehrsaufkommens erfolgt der Landeanflug in der Regel frei bis zu einem Punkt in Höhe Ludwigsfelde und von dort erst geradeaus zum Flughafen.

Der Entwurf dieser Anflugkorridore wurde den Mitgliedern des KOUL-Ausschuss bereits am 07.04.2011 vorgestellt.

Herr Jäkel bittet im Protokoll festzuhalten, dass er die dargestellten Routen für ungeeignet hält. Hier lässt sich sicher auch eine andere Route finden, die nicht so gewinkelt ist und auch nicht über das Gebiet der Landeshauptstadt führt.

Er bittet Frau Müller-Preinesberger, darauf in der nächsten Sitzung der Fluglärmkommission hinzuweisen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass keine neuen Anträge zu Veränderungen mehr gestellt werden können, da alle Anträge, die bisher vorliegen, bereits geprüft werden.

Die in der Abbildung der Presse dargestellten Linien werden so nicht geflogen.

## **zu 7      Sonstiges**

**Nächster Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche  
Entwicklung: 20. Dezember 2011, 18:00 Uhr**

**Pete Heuer**

**Martina Spyra**

**Ausschussvorsitzender**

**Schriftführerin**